

# Neues Wohnen in Ottensen – dabei funktionierendes Gewerbe erhalten

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Altona hat in seiner gestrigen Sitzung die Anhörung zum Bebauungsplanentwurf "Ottensen 60" ausgewertet. 150 Bürger aus Ottensen waren am 4. Februar zu Gast und hatten zahlreiche Anregungen gegeben. Die SPD-Fraktion hat die Bürgervorschläge in einem Antrag aufgegriffen. Einstimmig beschloss der Planungsausschuss, dass die geplanten neuen Wohngebäude in der Röhrigstraße und in der Großen Brunnenstraße mindestens zur Hälfte als geförderter sozialer Wohnungsbau entstehen sollen. Der Vorschlag kam überraschend von der CDU. Die Wohngebäude dürfen höchstens neun Meter hoch werden, Staffelgeschosse sind ausgeschlossen. Über Verträge soll das Bezirksamt die Sozialwohnungsquote sichern. Auch das Filmtonstudio Große Brunnenstraße soll am Standort abgesichert werden. Das Hundertwasser-Café wird in seinem Bestand ausgewiesen. Alle Fraktionen traten für eine dauerhafte Absicherung ein.

Dazu Stefan Krappa, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender: „Für einen Abriss des Hundertwasser-Cafés – der noch vor einem Jahr drohte - gibt es jetzt in Altona keine politische Unterstützung mehr. Gleichzeitig können aber im Quartier zusätzliche Wohnungen gebaut werden. Das Signal an die Investoren aus diesem Beschluss ist ganz klar, dass eine behutsame und sozialverträgliche Nachverdichtung gewollt ist. Grundstücksspekulationen, überteuerter Luxuswohnungsbau und Verdrängung von funktionierendem Gewerbe wird nicht hingenommen. Wir freuen uns darüber, dass die anderen Fraktionen uns gefolgt sind. Die Gewerbetreibenden und Bürger vor Ort werden davon profitieren, dass es mehr Stadtentwicklung in gesunden Maßen gibt.“

In der Anhörung wurde deutlich, dass die Nachverdichtung mit etwa 130 neuen Wohnungen im Bereich zwischen Röhrigstraße - Friedensallee – Große Brunnenstraße und Behringstraße von den Anwohnern grundsätzlich akzeptiert wird. Kritische Anmerkungen kamen zu den Höhen der Gebäude und zum Thema Verkehr. Auch die zunehmende Verdrängung von weniger gut Betuchten aus Ottensen und fehlende Sozialwohnungen wurden beklagt.